

Beschluss der Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW am 22. Oktober 2023

BUND NRW unterstützt Bewerbung für einen Nationalpark Egge

Artensterben und Biodiversitätskrise erfordern die Ausweisung weiterer Wildnisgebiete und Nationalparke

Der BUND NRW begrüßt die Initiative des Landes NRW zur Gründung eines zweiten Nationalparks im Land. Die Wildnispotenzialstudie der Naturschutzverbände hat gezeigt, dass dafür durchaus mehrere geeignete Flächen in NRW zur Verfügung stehen. Diese Gebiete gilt es nicht zuletzt aufgrund der nationalen und internationalen Verpflichtungen (Biodiversitätsstrategie, natura 2000, CBD) naturschutzfachlich weiter zu entwickeln. In Ostwestfalen sind es Senne, Teutoburger Wald und Eggegebirge, die mit einer Flächenkulisse von über 30.000 Hektar einen vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) anerkannten „Hotspot der Artenvielfalt“ in NRW bilden. Schon seit 1990 kämpfen deshalb hier die Naturschutzverbände für die Einrichtung eines Nationalparks.

Der BUND NRW unterstützt deshalb in dem jetzt gestarteten Beteiligungsverfahren eine Bewerbung aus Ostwestfalen für die Ausweisung eines Egge-Nationalparks. Die naturschutzfachliche Eignung des Eggegebirges steht seit einem Gutachten der Landesanstalt für Ökologie von 2005 außer Frage. Der Staatswald in der Egge ist über 12.000 Hektar groß, und die Fläche ist heute bereits weitgehend als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Das Eggegebirge ist mit seinen Wäldern, Felsklippen, Höhlen, Mooren, Quellen und Bächen Lebensraum für weit über 200 gefährdete und seltene Arten der Roten Liste. Zahlreiche Pflanzen- und Tierarten kommen in NRW nur in der Egge oder an einzelnen anderen Reliktstandorten vor. Zudem liegen hier die beiden größten Wildnisgebiete des Landes. Die potenzielle Fläche wäre mit der Senne und dem Teutoburger Wald optimal in den Verbund von schützenswerten Biotopen eingebunden. Ein Biotopverbund für Arten wie Wildkatze, Schwarz- und Mittelspecht, Schwarzstorch und Haselhuhn, der von Bielefeld bis in den benachbarten Hochsauerlandkreis reicht.

Im Beteiligungsverfahren fordert der BUND eine angemessene Mitwirkung der Zivilgesellschaft, insbesondere der Natur- und Umweltschutzverbände. Diese dürfen nicht nur, wie offenbar geplant, im ersten Schritt des Bewerbungsverfahrens gefragt werden. Von der Landesregierung erwarten wir, dass die Verbände und die breite Öffentlichkeit vielmehr im gesamten Verfahren ihrer Bedeutung entsprechend beteiligt werden.

Die Ausweisung eines Nationalparks in NRW ist eine landesweite Aufgabe, die letztendlich vom Land NRW entschieden werden muss, also vom gewählten Landesparlament. Ein intensiver Beteiligungsprozess unter Einbindung auch der Region und der breiten Öffentlichkeit ist wichtig für den Erfolg. Übliche Vorbehalte hinsichtlich der Flächenkulisse und befürchteter Einschränkungen, die sich in bereits bestehenden Nationalpark-Regionen als unzutreffend

erwiesen haben, sollten seitens der Landesregierung in Gesprächen mit den entsprechenden Verbandsspitzen (Privatwaldbesitzende, IHK etc.) frühzeitig entkräftet werden. Haltlosen Behauptungen über Auswirkungen und offensichtlichen Falschinformationen muss das Land NRW mit einer Informations- und Aufklärungskampagne und entschlossenem Vorgehen begegnen. In der Sache kann die Nationalparkausweisung nur gelingen, wenn die Landesregierung wie in der Eifel von Beginn an klarmacht, dass dieses Projekt im Interesse zukünftiger Generationen in NRW ist.

Biodiversitätskrise und Artensterben erfordern entschlossenes Handeln! Die Landesregierung hat sich zum Ziel der Weltnaturkonferenz bekannt, 30 Prozent der Landesfläche als Schutzgebiet für die Natur auszuweisen. Aktuell sind erst knapp 10 Prozent geschützt. Wir nehmen die Landesregierung beim Wort: Ein zweiter Nationalpark und weitere großflächige Schutzgebiete sowie weitere Wildnisgebiete können Beiträge leisten, sich diesem Ziel anzunähern. Wir erwarten deshalb von der Landesregierung, dass sie endlich Maßnahmen gegen die bedrohliche Biodiversitätskrise ergreift. Durch die Ausweisung eines zweiten Nationalparks auf den fachlich geeigneten Staatswaldflächen der Egge, und durch Ausweisung weiterer Großschutzgebiete sowie durch die deutliche Erweiterung und Arrondierung von Wildnisgebieten z.B. im Arnsberger Wald, auf dem Rothaarkamm, im Hürtgenwald und im Reichswald. Der BUND begrüßt deshalb weitere Bewerbungen aus anderen potenziellen Nationalpark-Regionen. Auch eine Erweiterung des Nationalparks Eifel kann ein Beitrag dazu sein, z.B. im Bereich der Staatswaldflächen des Hürtgenwaldes.

Infos: <https://www.egge-nationalpark.de/>

verabschiedet von der LDV in Bielefeld, 22.10.2023